

Bosch, G.; Kalina, T.: Niedriglöhne in Deutschland – Zahlen Fakten Ursachen In: Bosch, G.; Weinkopf, C. (Hrsg.): Arbeiten für wenig Geld – Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland. Frankfurt am Main 2007

Brücker, H.; Jahn, E.: Arbeitsmarktwirkungen der Migration: Einheimische Arbeitskräfte gewinnen durch Zuwanderung (IAB-Kurzbericht 26/2010). Nürnberg 2010. In: <http://doku.iab.de/kurzgraf/2010/kbfolien26104.pdf> (Abruf am 15.2.2012)

Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin 2008. In: <http://www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/forschungsbericht-der-3-armuts-und-reichtumsbericht-der-bundesregierung.html> (Abruf am 14.2.2012)

Bürgi, E.H.; Nägeli, K.I.: Working poor. Ein soziales Problem – ein Problem für die Soziale Arbeit. Berlin 2001

Butterwegge, C.; Klundt, M.; Zeng, M. (Hrsg.): Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland. Wiesbaden 2005

DBSH – Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.: Saarbrücker Erklärung. Berlin 2010. In: <http://www.dbsch.de/Saarbruecker-Erklärung.pdf> (Abruf am 15.2.2012)

Grote, H.: Macht und Ohnmacht in der Sozialen Arbeit: Strukturen Sozialer Dienstleistungen in Berlin und Brandenburg und ihre Bedeutung für die Beschäftigungssituation der Fachkräfte. Berlin 2011. In: http://www.gew-berlin.de/documents_public/MQ_Abschlussbericht_Fachkraeftebefragung.pdf (Abruf am 15.2.2012)

Grün, C.; Rhein, T.: Eine Bestandsaufnahme: Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland. In: IAB-Forum 1/2007, S. 8-12. In: <http://www.iab.de/188/section.aspx/Publikation/k080104a05> (Abruf am 15.2.2012)

Lance, C.E.; Hedge, J.W.; Alley, W.E.: Joint relationships of task proficiency with aptitude, experience, and task difficulty: A cross-level interactional study. Human Performance 2/1989, S. 249-272

Münz, R.; Seifert, W.; Ulrich, R.: Zuwanderung nach Deutschland: Strukturen, Wirkungen, Perspektiven. Frankfurt am Main 1999

Notz, G.: Geschlechterstereotypen und weibliche Karriere-muster in der Wissenschaft. In: Bultmann, T.: Prekarisierung der Wissenschaft. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Manuskripte Nr. 78. Berlin 2008

Rhein, T.; Stamm, M.: Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland – deskriptive Befunde zur Entwicklung seit 1980 und Verteilung auf Berufe und Wirtschaftszweige (IAB-Forschungsbericht 12/2006). Nürnberg 2006. In: <http://www.iab.de/185/section.aspx/Publikation/k060710n13> (Abruf am 16.2.2012)

Schirmacher, T. (Hrsg.): Die neue Unterschicht. Armut in Deutschland? Holzgerlingen 2007

Sozialverband VdK Deutschland e.V.: Positionspapier Armut. Bonn 2010. In: <http://vdk.de/de23885> (Abruf am 15.2.2012)

Statistisches Bundesamt: Atypische Beschäftigung auf dem Deutschen Arbeitsmarkt. Wiesbaden 2008, S. 16. In: http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2008/Arbeitsmarkt/Pressebrochure___Arbeitsmarkt.property=file.pdf (Abruf am 15.2.2012)

VIELFALT EHREN – ZIVIL-GESELLSCHAFT STÄRKEN | Theoretische Ansätze für die Soziale Arbeit nutzen

Verena Becker

Zusammenfassung | Der Artikel fragt nach einem neuen Politikverständnis mit einer starken Zivilgesellschaft im Zentrum, die in der Lage ist, Vielfalt zu ehren und an der auch benachteiligte Gruppen der Gesellschaft partizipieren können. Vorgestellt werden drei theoretische Ansätze, aus denen sich wichtige Aspekte für eine starke und vielfältige Zivilgesellschaft ableiten lassen. Diese werden dann dazu verwendet, anhand eines konkreten Beispiels Handlungsansätze für die Praxis zu formulieren, um eine Verbindung zwischen Theorie und Praxis der Zivilgesellschaft herzustellen. Im Resümee wird am Beispiel des Themas auf die Notwendigkeit einer stärkeren Verknüpfung zwischen Theorie und Praxis in der Sozialen Arbeit eingegangen und es werden Herausforderungen formuliert, die sich dadurch für unterschiedliche Akteure ergeben.

Abstract | The article asks for a new understanding of politics, focussed on a strong civil society, which is capable of appreciating diversity and which allows disadvantaged groups of society, as well, to participate in it. The author presents three theoretical approaches, which contain some important aspects for a strong and diverse civil society. These approaches are used to formulate practicable courses of action on the basis of a concrete example, thus establishing a link between the theoretical and practical side of civil society. In the summary the necessity of a stronger link between theory and practice in social work is underlined in the context of the topic, and challenges thus arising for different protagonists are formulated.

Schlüsselwörter ► Sozialstaat ► Zivilgesellschaft
► Politik ► Theoriebildung ► Soziale Arbeit

1 Vom sorgenden zum aktivierenden

Sozialstaat | Ende der 1960er- und Anfang der 1970er-Jahre sollte der Wohlfahrtsstaat alle gesellschaftlichen Bereiche steuern und planen und wurde somit zum Garant des Gemeinwohls. Unterlegt war dieser Ansatz durch die Tradition des *Bismarck'schen Wohlfahrtsstaates* (Opielka 2004), der die umfassende Versorgung verstetigte. Durch tiefgreifende globale Veränderungen entbrannte in jüngerer Zeit ein Wirtschaftskampf, der zu einer permanenten Abwärtsspirale führte, so dass die allumfassende Fürsorge des Staates nicht mehr in dem Maße gewährleistet werden konnte, wie dies in der Vergangenheit der Fall war. Mit der Regierung unter Bundeskanzler *Gerhard Schröder* wurde 1998 der Wechsel hin zu einer neuen aktivierenden Sozialpolitik endgültig vorgenommen.

Der sorgende Staat war durch einen universalen gesellschaftlichen Integrations- und Interventionsanspruch mit selektiven sozialstrukturellen Konsequenzen (Vogel 2008) gekennzeichnet. Die neue Architektur des wohlfahrtsstaatlichen Handelns orientiert sich dagegen stärker am Modell des Gewährleistungsstaates, der nur eine staatliche Grundausstattung vorsieht. Gleichzeitig erhöhen sich die staatlichen Eingriffe in die Sphäre der Erwerbsarbeit. Es existiert ein Wohlfahrtsstaat neuen Typs, der die brachliegende Arbeitskraft nicht bloß verwalten, sondern sie für dynamische Arbeitsmärkte befähigen und aktivieren will. Das hat gesellschaftliche Folgen, da sich die Menschen zunehmend ausgeschlossen fühlen, was zu einer instrumentellen Haltung gegenüber staatlichen Unterstützungsmaßnahmen und zu Misstrauen gegenüber herkömmlichen politischen Partizipationschancen führen kann (Bude; Lantermann 2006).

Bude sieht dadurch ein Proletariat neuen Typs entstehen, für das Erwerbsarbeit zur Quelle von Fragmentierung und Unsicherheit wird. Des Weiteren entsteht ein Wohlfahrtsstaat, der eine Restkategorie von Menschen erzeugt, die sich nicht aktivieren lässt (Bude 2008). Diese nennt Bude die „Überflüssigen“¹ der Gesellschaft, welche er nicht als normative Kategorie sieht, die eine Handlungsweise begründen will, son-

dern lediglich als Problematisierungskategorie, um einen Sachverhalt zu erfassen (Bude u.a. 2008). Der Begriff der Überflüssigkeit ist keine starre Kategorie, er kann vielmehr die Situation von Menschen erfassen, die unabhängig von ihrer Stellung im gesellschaftlichen Gefüge durch das Netz fallen und keine Schutzorganisation haben, die ihnen eine Stimme in der Gesellschaft verleiht (Bude u.a. 2008). Im Rahmen dieser Argumentation wirft Bude zu Recht die Frage auf, was mit Menschen ohne institutionelle Fürsprecher geschieht. Die Finanzierungslücken des Wohlfahrtsstaates offenbaren die Existenz dieser Gruppen. Aus verschiedenen Ursachen und mit völlig verschiedenen Hintergründen fehlt ihnen ein Halt in der deutschen Gegenwartsgesellschaft und es gibt keine Adressaten für das, was sie können, wissen und fühlen (Bude; Willisch 2008).

2 Warum ein neues Politikverständnis notwendig ist

| Die oben skizzierten Umstände zeigen, dass in hoch entwickelten Wohlfahrtsstaaten sozialstaatliche Eingriffe ähnliche Verdinglichungseffekte auslösen können wie der Kapitalismus, zu dessen Einschränkung es eigentlich einen Sozialstaat gibt (Dubiel 1988). Unter Bezugnahme auf *Habermas* kann also festgestellt werden, dass der Sozialstaat bei seinen „Klientinnen“ und „Klienten“ Entfremdungen erzeugt und somit nicht nur eine Steuerungsinstanz ist, die Probleme zu lösen imstande ist, sondern gleichzeitig auch neue schafft (Dubiel 1988). Die Zeiten, in denen die Menschen glaubten, der Staat könne alle Probleme mittels einer sogenannten „politics of delivery“ für sie lösen, sind zu Ende. Es besteht kein Grund zu übermäßiger Sorge, die Forderung nach einer starken Zivilgesellschaft ließe sich von Staat und Wirtschaft vereinnahmen und hätte zur Folge, dass sie zu einer Art Ausfallbürgen für einen kränkelnden Sozialstaat wird. Dieser durchaus wichtige Hinweis darf nicht zu politischer Bescheidenheit führen, sondern muss in einer starken Zivilgesellschaft kommuniziert werden (Dettling 2007).

Die derzeitigen Verhältnisse bieten eine große Chance für sozialpolitische und gesellschaftliche Veränderungen hin zu dem Modell einer starken und vielfältigen Zivilgesellschaft, zumal Deutschland bisher nicht über ein eigenständiges und historisch gewachsenes Verständnis einer Zivilgesellschaft verfügt. Daraus erwächst die Forderung nach einem Paradigmenwechsel in der deutschen Gesellschaft, welcher

¹ Die Kategorie wurde innerhalb der Soziologie unter anderem deshalb mehrfach kritisiert, weil hiermit die Frage nach gesellschaftlichen Ursachen vermieden wird und stattdessen nur die „überflüssigen Personen“ zur Veränderung angehalten werden (Steinert 2008). Auch wenn diese Gefahr besteht, sind die Argumentationen von Bude hilfreich, um zu zeigen, welche gesellschaftlichen Umbrüche im Gange sind, die Handlungen notwendig machen.

die Notwendigkeit einer starken Zivilgesellschaft anerkennt und die Frage nach sozialer Teilhabe neu stellt. So ist Zivilgesellschaft mehr als Wohlfahrtsproduktion von Bürgerinnen und Bürgern. Sie ist auch eine gesellschaftliche Flankierung politischer Ereignisse. Dies bedeutet auch, sich zu fragen, wie ein Engagement bisher wenig beachteter Gruppen gestaltet werden kann und welchen Beitrag diese zur Zivilgesellschaft leisten können, denn „die Freiheit – als Kernbestandteil von Bürgerlichkeit – ist keinesfalls selbstverständlich, die Fähigkeit, sich ihrer zu bedienen, bleibt sehr ungleich verteilt“ (Kocka 2008, S. 8).

3 Was theoretische Erklärungsansätze leisten können | Die nachfolgenden Ausführungen stützen sich auf die Analyse von *Alexis de Tocquevilles* Buch „Über die Demokratie in Amerika“, auf das Essay „Die demokratische Frage“ von *Ulrich Rödel*, *Günter Frankenberg* und *Helmut Dubiel* sowie auf *Richard Sennetts* Analysen in „Civitas. Die Großstadt oder die Kultur des Unterschieds“.

3-1 Alexis de Tocqueville | Bereits *Tocqueville* fand vor fast 200 Jahren eine Antwort auf die Frage, wie der Wert der öffentlichen Freiheit, der für ihn oberste Priorität hatte, in der Demokratie verwirklicht werden kann. Dies geschieht durch eine in Situationen und Institutionen gegründete aktive politische Beteiligung aller Bürger. Damit neben der allgemeinen Mehrheitsmeinung noch etwas anderes existieren kann, muss es Vereinigungen geben, die sich zu den unterschiedlichsten Themen zusammenschließen. Diese bilden durch ihren wirtschaftlichen und personellen Bestand eine politische Kraft, die eine Gegenkraft zur zentralen Staatsgewalt bildet, die durch Selbstbestimmung des Einzelnen gesichert wird (*Tocqueville* 1985).

Tocqueville sah eine Vereinigung schon dann gegeben, wenn sich Bürger öffentlich zu einem bestimmten Programm bekennen und an dessen Durchsetzung gemeinsam arbeiten. Politische Freiheit wird, so *Tocqueville*, dadurch realisiert, dass sich eigenständige politische Zwischengewalten bilden, welche die Macht des Staates begrenzen, die sogenannten Assoziationen. Dies sah er beispielhaft in den Vereinigten Staaten verwirklicht. Er verstand Demokratie als massiven sozialen Druck von freien Individuen, die sich in Religion, Kultur und Gebräuchen unterscheiden, sich aber auf ein gemeinsames Ziel hin bewegen (*Wolin*

2001). Die Verbindungen zwischen Menschen werden durch Sitten, die sogenannten Gewohnheiten des Herzens, geschaffen, welche den gesamten sittlichen und geistigen Zustand einer Gesellschaft und damit das Wesen der Zivilgesellschaft darstellen (*Tocqueville* 1985).

3-2 Ulrich Rödel, Günter Frankenberg und Helmut Dubiel | Dies widerspricht der heute im Allgemeinen verkürzten Darstellung der Zivilgesellschaft im Sinne von Wohlfahrtsproduktion und stimmt mit der politischen Erweiterung des Zivilgesellschaftsbegriffs von *Rödel*, *Frankenberg* und *Dubiel* überein (*Rödel* u.a. 1989). Sie plädieren in ihrem Essay für einen politischen Aushandlungsprozess, in dem alle Themen politisierbar und alle Assoziationsformen denkbar sind und den zivilen Ungehorsam als positives Beispiel von Zivilgesellschaft anführen. Für sie stellt die Zivilgesellschaft eine autonome Sphäre dar, die dem Politik- und Verwaltungsapparat gegenübersteht und auf diesen kontrollierend einwirkt, ähnlich wie es auch *Tocqueville* schon im 19. Jahrhundert beschrieben hatte. Für *Rödel*, *Frankenberg* und *Dubiel* tritt die Zivilgesellschaft an eine symbolisch leere Stelle der Macht, welche eine wichtige Kennzeichnung moderner Gesellschaften ist. Sie ist somit ein Ort des Politischen, an dem die Gesellschaft sich über ihre Form auseinandersetzt.

Mit dem Begriff des „symbolischen Dispositivs der Demokratie“ beschreiben die Autoren, dass es allein bei der Zivilgesellschaft liegt, wie sie sich organisieren und ihre politischen Möglichkeiten nutzen will. Somit ist nur das selbst organisierte Assoziationswesen dazu in der Lage, dauerhafte Ansätze einer sich selbst regierenden Gesellschaft zu entwickeln. Allein dies räumt Minderheiten die Chance zur Beteiligung ein (*Rödel* u.a. 1989). Dazu braucht es mündige Bürgerinnen und Bürger, die unabhängig und stark sind und sich nicht als Hilfe suchende Klientinnen und Klienten an einen bevormundenden Staat wenden, so wie das derzeit im eingangs skizzierten aktivierenden Sozialstaat geschieht.

3-3 Richard Sennett | Der US-amerikanische Soziologe *Richard Sennett* kritisiert, dass öffentliche Diskurse nur noch an Personen gekoppelt sind und dadurch die Fähigkeit verloren gegangen ist, Machtverhältnisse zur Leitlinie politischen Handelns zu machen. Es hat, so *Sennett*, eine Flucht ins Innere statt-

gefunden, indem sich Bürger und Bürgerinnen völlig ins private Leben zurückziehen und den Sinn für die Allgemeinheit und das Gemeinwohl verlieren. Dies hält *Sennett* für destruktiv und sieht diese Entwicklung noch beispielsweise durch eine Stadtplanung bestätigt, die es nicht schafft, die Unterschiede, die in der Stadtgesellschaft existieren, sinnvoll miteinander zu verbinden und Komplexität und Unterschiede konstruktiv zu nutzen (*Sennett* 2009).

Hier lässt sich wiederum eine Verbindung zu *Tocqueville* herstellen, der das Verständnis der politischen Freiheit durch drei politische Folgewirkungen herausgefordert sah: durch die apolitische Neigung der Bürgerinnen und Bürger zum Individualismus, durch die Zentralisierung der politischen Gewalt sowie durch die Ausweitung des staatlichen Handelns (*Feldhoff* 1968). Nach *Tocqueville* befinden sich die politische Freiheit und die Gleichheit in einem permanenten Spannungsverhältnis, wobei die politische Freiheit durch die drei oben genannten Phänomene bedroht wird. *Tocquevilles* Warnung vor einem neuen Despotismus, der sich durch den Rückzug ins Private ergeben kann, ist heute noch aktuell. Politik hat sich nämlich zu einer Art „Shareholder-Demokratie“ (*Wolin* 2001) entwickelt, in der Politikerinnen und Politiker als Produkte verkauft, Wahlen als Slogans verkürzt werden und sich die Souveränität der Bürgerinnen und Bürger in Konsumdenken verwandelt hat, so dass sich Politik auf eine philanthropische Geste, geringfügig institutionalisierte Wohlfahrt und Populismus reduziert (*Wolin* 2001). In diesem Sinne haben *Tocquevilles* Analysen einen fast schon prophetischen Charakter und bilden eine wichtige Basis für eine große Herausforderung, mit der sich eine Zivilgesellschaft konfrontiert sieht.

Sennett bestätigt dies über 100 Jahre später durch seine Analysen: Einzig die unmittelbare Umwelt ist zum bestimmenden Moment geworden und die res publica hat einen Verfall hinter sich. Es hat, so beschreibt er es, eine Veränderung der Haltung von Bürgerinnen und Bürgern stattgefunden, die sich von dem klassischen Bild des „citoyen“ unterscheidet. Zivilgesellschaftliches Handeln erfolgt überwiegend dann, wenn es die unmittelbaren Lebensumstände betrifft. Der klassische Anspruch „not in my backyard“ ist zur Handlungsmaxime geworden, Menschen handeln überwiegend dann zivilgesellschaftlich, wenn die eigenen Lebensumstände durch politische Ent-

scheidungen beeinflusst werden. Inhaltliche Substanz und politische Überzeugungen sowie das Thematisieren von sozialen Ungleichheiten in der Öffentlichkeit sind einem Personenkult in der Politik gewichen. Hier lässt sich eine Verbindung zu den eingangs erwähnten „politics of delivery“ herstellen. Prinzipiell beschreibt *Sennett* in seinen Analysen genau dieses Politikverständnis und seine Auswirkungen auf das gegenwärtige gesellschaftliche Zusammenleben. Durch seine Kritik an der Modenschau der Vielfalt und der Nutzung des öffentlichen Raumes, der nur noch dem Konsum und dem Tourismus vorbehalten ist (*Sennett* 2009), knüpft er an den von *Tocqueville* beschriebenen Despotismus an.

Auch in den eingangs mithilfe der Theorie von *Bude* skizzierten Ausgangsbedingungen ist deutlich geworden, dass diese von *Sennett* geschilderte Trennung zwischen Innen und Außen für immer mehr Menschen zu existieren scheint. Das bedeutet, dass sich auf der einen Seite moderne Bürgerinnen und Bürger vernetzen und partizipativ auf Entscheidungsprozesse einwirken, sich auf der anderen Seite benachteiligte Bevölkerungsgruppen inklusive ihrer Interessen und Meinungen völlig aus der öffentlichen Wahrnehmung verabschieden (*Klatt; Walter* 2011). *Sennett* erachtet es zur Entfaltung einer politischen Öffentlichkeit und somit einer Zivilgesellschaft der Vielfalt als wichtig, dass auf Unterschiede und Fremdheit nicht mit Abkapselung reagiert wird. Die Komplexität der Stadtgesellschaft wird inaktiv, wenn die Unterschiede nicht miteinander interagieren. Dabei erscheinen ihm Konflikte als wichtige Ventilfunktion, die erst das gegenseitige Aufeinander-Bezug-Nehmen möglich machen (*Sennett* 2009). Daran knüpfen *Rödel, Frankenberg* und *Dubiel* an, wenn sie sagen, dass Konflikte integrierend wirken, solange sich die Konfliktpartner gegenseitig respektieren. Für sie werden Inhalte und Austragungsformen von Konflikten permanent in der Zivilgesellschaft neu verhandelt und sind nie von Dauer (*Rödel* u.a. 1989).

3-4 Folgerungen | Was lässt sich nun zusammenfassend aus den drei theoretischen Ansätzen für eine Zivilgesellschaft der Vielfalt ableiten? Eine entscheidende Frage ist, wie Autonomie, soziale Bindung, eigenes Leben, Verantwortung und Solidarität neu aufeinander abgestimmt werden, und zwar in allen Sphären des sozialen Lebens (*Beck* 1996). Es geht um das Wissen darum, wie sich Menschen verbinden

und wie sich Assoziationen bilden, die, wie gezeigt, den Kern einer Zivilgesellschaft bilden. Dies erfordert, noch existierende Teile des sozialen Beziehungsgeflechts unter der Beteiligung der am Rande stehenden Bevölkerung erneut zusammenzubringen, das heißt Beziehungen zwischen Menschen zu knüpfen und auf diese Weise Gruppen, Institutionen, Organisationen und Bürgerinnen und Bürger in einer Zivilgesellschaft miteinander zu verbinden (Penta 2007a).

Entstehende Konflikte müssen dann auch in der Zivilgesellschaft permanent ausgetragen werden, denn das Politische ist eine Lebensform, eine Kultur, nicht eine Institution, die der permanenten Wiedergewinnung durch das gemeinsame menschliche Handeln bedarf (Penta 2007a). Wichtig ist hierbei eine Toleranz der Unterschiede, denn sie sind nicht dazu da, abgeschafft zu werden (Sennett 2009). Dies beinhaltet dann, wie Rödel, Frankenberg und Dubiel postulieren, eine Akzeptanz der Existenz der Konfliktpartner. Gelingt dies, so ist es möglich, gemeinsame Interessen trotz unterschiedlicher Werte und Lebenslagen zu verfolgen. Um mit den Worten Alinskys zu sprechen, liegt der Weg in einer „Harmonie der Dissonanz“ (Alinsky 1989, S. 62).

4 Handlungsansätze für die Praxis am Beispiel älterer Zuwandernden | Wie bereits beschrieben, geht es bei einer zukunftsfähigen und vielfältigen Zivilgesellschaft darum, dass auch Bevölkerungsgruppen daran partizipieren, die bisher eher abseits stehen. Im Folgenden werden ältere Zuwanderer und Zuwanderinnen ganz bewusst lediglich als Beispiel und nicht als eine Gruppe betrachtet. Sie haben vielfältige Lebensumstände sowie Migrationsbiographien und stellen unter keinen Umständen eine homogene Gruppe dar. Allerdings verfügen sie häufiger über eine schlechtere materielle Situation und im strukturellen Bereich wird ihnen oft die Klientenrolle zugeschrieben, das heißt es existiert eine sehr defizitorientierte Betrachtungsweise, worauf die Gesellschaftlichkeit beschränkt ist. Aus diesen Gründen ist die Frage zwingend notwendig, wie eine stärkere zivilgesellschaftliche Partizipation älterer Zuwanderer und Zuwanderinnen möglich wird, da auch sie Teil einer starken Zivilgesellschaft sind.

In einer von sozialer Ungleichheit geprägten Gesellschaft sind Akteure der Zivilgesellschaft immer auch Interessenvertretende, die Bevölkerungsgruppen

fördern müssen, deren Ressourcen nicht ohne Weiteres ausreichen, um an der Zivilgesellschaft zu partizipieren (Hinze 2004). Ebenso verfügen benachteiligte Gruppen nicht immer über die notwendigen Informationen oder kennen nicht die richtigen Menschen, um partizipieren zu können. Aus diesem Grund brauchen ältere Zuwandernde Möglichkeiten der Qualifizierung, die ihnen dabei helfen, Hemmschwellen zu überwinden, an notwendige Informationen zu gelangen und ihr bereits vielfältig vorhandenes Engagement in Bereichen wie Nachbarschaftshilfe der öffentlichen Wahrnehmung zugänglich zu machen. Empfehlenswert sind Qualifizierungsseminare, die Informationslücken abbauen, Strukturen und Machtverhältnisse transparent machen und auch Aspekte wie Rhetoriktraining und Präsentationstechniken einbinden, die älteren Zuwanderern und Zuwanderinnen praktische Fähigkeiten vermitteln, um sich aktiv an gesellschaftlichen Diskussionen zu beteiligen.

Ebenso effektiv sind Einzelcoachings für ältere Zuwandernde, die begleitend zu ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement und auf gleicher Augenhöhe stattfinden. Dabei steht der Adressat oder die Adressatin im Mittelpunkt und bestimmt die Richtung des Coachings. Das zivilgesellschaftliche Engagement wird darin verstärkt reflektiert und es wird lösungsfokussiert gearbeitet. Zudem entstehen durch eine solche Methodik und Arbeitsweise neue Aushandlungsfelder der Zusammenarbeit von Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen. Dies erfordert ein Umdenken aufseiten der Hauptamtlichen, die die älteren Zuwanderinnen und Zuwanderer als die Expertinnen und Experten ihrer eigenen Lebensumstände mit ihren vielfältigen Erfahrungen wahrnehmen müssen. Es geht in diesem Zusammenhang nicht um Beratung, sondern um eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit dem Ziel, zivilgesellschaftliches Engagement älterer Zuwandernden zu stärken.

Mit Tocqueville und Sennett konnte gezeigt werden, wie wichtig es für die Zivilgesellschaft ist, dass Menschen sich füreinander interessieren und trotz der Interessen und Lebensumstände, die sie voneinander trennen, gemeinsam handeln und Assoziationen bilden. Dabei gilt es im Sinne der Autoren von „Die demokratische Frage“, Konflikte als Motor zu akzeptieren und nutzbar zu machen. Deswegen ist es hilfreich, wenn ältere Zuwandernde als Einzelpersonen oder in ihren vielfältigen Organisationen

Kontakte und Beziehungen in ihrem Gemeinwesen knüpfen, dabei relevante Themen herausarbeiten und so dem öffentlichen Raum eine neue Bedeutung geben, in dem neue Assoziationen im Sinne *Tocquevilles* gebildet werden, die eine Art gesellschaftliche Gegenmacht bilden.

Dabei braucht es eine Veränderung der Haltung von Menschen, die gemeinsam handeln, die zu einem Handeln über kulturelle und milieubedingte Grenzen hinweg führt, um das gemeinsame Ziel zu erreichen. Dadurch können unterschiedliche neue Beteiligungsformen in der Zivilgesellschaft entstehen, die immer wieder reflektiert werden sollten, so wie es mit dem symbolischen Dispositiv der Demokratie beschrieben wurde. Gerade für ältere Zuwandernde bieten diese intermediären Assoziationen eine Form der zivilgesellschaftlichen Beteiligung, die ihr Engagement im sozialen Nahbereich in einen politischen Gesamtzusammenhang stellt und mit der defizitorientierten Klientenrolle, die älteren Zuwandernden oft zugeschrieben wird, abschließt.

Damit einher geht auch die Frage nach dem „Deutschsein“, welche untrennbar mit einer vielfältigen Gesellschaft verbunden ist (*Şenocak* 2011), was Fragen nach nationaler Identität und Zugehörigkeit ins Spiel bringt. An solchen Diskussionen müssen aber auch Menschen teilhaben, die seit Jahrzehnten in Deutschland leben und es als ihren Lebensmittelpunkt betrachten. Ältere Zuwandernde bringen diesbezüglich auch andere Vorstellungen vom Leben im Alter mit ein, wovon alle älteren Menschen profitieren. Zivilgesellschaftliche Prozesse brauchen gegebenenfalls eine Moderation und Mediation, die eine Veränderung der Haltung von Hauptamtlichen notwendig macht. Es geht nicht darum, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber Politik und Verwaltung als Manager zu vertreten, sondern diese bei ihrer Interessenvertretung zu unterstützen.

Damit dies gelingt, ist eine Diskussion über das professionelle Selbstverständnis von Hauptamtlichen erforderlich, die mit zivilgesellschaftlichen Akteuren arbeiten. Es braucht bei allen Akteuren eine „Kultur des Zweifels“ (*Beck* 1996), die Raum öffnet für andere Erfahrungen und Lebensstile, die sich vor allem in den letzten Jahren auch im Alter ausdifferenziert haben. Dies ist harte Arbeit für alle Beteiligten, da es gilt, Beziehungen über alters-, kultur- oder milieu-

spezifische Grenzen hinweg zu knüpfen und trotz dieser Unterschiede gemeinsame Handlungsfelder zu identifizieren und in diesen tätig zu werden.

5 Resümee: Herausforderungen für die Soziale Arbeit | Theoretische Aspekte geben wichtige Impulse und zeigen Diskussionslinien auf, die bei der Entwicklung von Zukunftsstrategien notwendig sind. Theorie und Praxis der Zivilgesellschaft entstehen nicht von selbst und sind letztendlich auch nie abgeschlossen, da es sowohl der Arbeit an den Begriffen als auch der politischen Arbeit vor Ort bedarf (*Dettling* 2007). Dabei muss aber die Verbindung zwischen Theorie und Praxis hergestellt werden, für die der vorliegende Aufsatz ein Beispiel vorgestellt hat.

Für die Soziale Arbeit bedeutet dies, professionelle Kräfte hervorzubringen, die in der Lage sind, den zivilgesellschaftlichen Aufbau professionell zu begleiten. Dazu braucht es Personen, die eine praxisnahe Vorbereitung sowie eine professionelle Begleitung leisten können, die also nicht zu theoretisch ohne praktische Erfahrungen arbeiten, dennoch aber über ein theoretisches Fundament sowie über die notwendigen kommunikativen Fähigkeiten verfügen und eine professionelle Haltung vertreten, die es möglich macht, mit zivilgesellschaftlichen Akteuren auf Augenhöhe zu arbeiten (*Penta* 2007b). Insbesondere muss die theoretische Fundierung der Sozialen Arbeit gestärkt und weiterentwickelt werden, da auffällt, wie schwer sich Studierende, aber auch Praktiker und Praktikerinnen der Sozialen Arbeit mit ihr tun. Dem immer wieder unterstellten Bedarf nach Praxisnähe gilt es dadurch zu entsprechen, dass theoriegeleitete Soziale Arbeit einen hohen Stellenwert für den Berufsalltag hat und die Scheu vor theoretischer Arbeit abgelegt werden kann (*Krummheuer; Terfrüchte* 2011). Zentral ist dabei nicht das Erklären theoretischer Konzepte, sondern ihre Anwendung in den Projekten (*ebd.*) und die Fähigkeit, aus unterschiedlichen Theorien Denkanstöße und Impulse für die Praxis abzuleiten, anstatt normative Grundsätze und Patentrezepte zu erwarten.

Verena Becker, Dipl.-Soziologin, Master Soziale Arbeit, arbeitet im Kompetenz-Zentrum Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe, Simplonstraße 27, 10245 Berlin, E-Mail: rena.becker@gmx.net

Literatur

- Alinsky**, Saul D.: Rules for Radicals. A Pragmatic Primer for Realistic Radicals. New York 1989
- Beck**, Ulrich: Ohne ich kein Wir. In: DIE ZEIT vom 23. August 1996
- Bude**, Heinz: Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft. München 2008
- Bude**, Heinz; Lantermann, Ernst-Dieter: Soziale Exklusion und Exklusionsempfinden. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 2/2006, S. 233-252
- Bude**, Heinz u.a.: „Die Überflüssigen“. Ein Gespräch zwischen Dirk Baecker, Heinz Bude, Axel Honneth und Helmut Wiesenenthal. In: Bude, Heinz; Willisch, Andreas (Hrsg.): Exklusion. Die Debatte über die „Überflüssigen“. Frankfurt am Main 2008, S. 31-49
- Bude**, Heinz; Willisch, Andreas: Die Debatte über die „Überflüssigen“. Einleitung. In: Bude, Heinz; Willisch, Andreas (Hrsg.): Exklusion. Die Debatte über die „Überflüssigen“. Frankfurt am Main 2008, S. 9-30
- Dettling**, Warnfried: Eine neue Dimension von Demokratie. In: Penta, Leo (Hrsg.): Community Organizing. Menschen verändern ihre Stadt. Hamburg 2007, S. 89-98
- Dubiel**, Helmut: Kritische Theorie der Gesellschaft. Eine einführende Rekonstruktion von den Anfängen im Horkheimer-Kreis bis Habermas. Weinheim/München 1988
- Feldhoff**, Jürgen: Die Politik der egalitären Gesellschaft. Zur soziologischen Demokratie-Analyse bei Alexis de Tocqueville. Köln/Opladen 1968
- Hinte**, Wolfgang: Wer braucht eigentlich die Bürgergesellschaft? Und wen braucht sie? In: Friedrich-Ebert-Stiftung, Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat (Hrsg.): betrifft: Bürgergesellschaft 13/2004
- Klatt**, Johanna; Walter, Franz: Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement. Göttingen 2011
- Kocka**, Jürgen. Bürger und Bürgerlichkeit im Wandel. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 9-10/2008, S. 3-9
- Krummheuer**, Florian; Terfrüchte, Thomas: Im Projektstudium mehr Theorie wagen. Positive Erfahrungen mit abstrakten Fragestellungen in einem Anfänger-Studierendenprojekt. In: Raumplanung 2/2011, S. 21-26
- Opielka**, Michael: Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven. Hamburg 2004
- Penta**, Leo: Vision braucht Fahrpläne. In: Penta, Leo (Hrsg.): Community Organizing. Menschen verändern ihre Stadt. Hamburg 2007a, S. 7-15
- Penta**, Leo: Die Macht der Solidarität. In: Penta, Leo (Hrsg.): Community Organizing. Menschen verändern ihre Stadt. Hamburg 2007b, S. 99-108
- Rödel**, Ulrich u.a.: Die demokratische Frage. Frankfurt am Main 1989
- Sennett**, Richard: Civitas. Die Großstadt und die Kultur des Unterschieds. Berlin 2009
- Şenocak**, Zafer: Deutschsein. Eine Aufklärungsschrift. Hamburg 2011
- Steinert**, Heinz: Die Diagnostik der „Überflüssigen“. In: Bude, Heinz; Willisch, Andreas (Hrsg.): Exklusion. Die De-

batte über die „Überflüssigen“. Frankfurt am Main 2008, S. 110-120

Tocqueville, Alexis de: Über die Demokratie in Amerika. Stuttgart 1985

Vogel, Berthold: Der Nachmittag des Wohlfahrtsstaates. In: Bude, Heinz; Willisch, Andreas (Hrsg.): Exklusion. Die Debatte über die „Überflüssigen“. Frankfurt am Main 2008, S. 285-308

Wolin, Sheldon: Tocqueville between Two Worlds. The Making of a Political and Theoretical Life. Princeton 2001